Auswahl an wichtigen Grünen-Änderungsanträgen zum Nachtragshaushalt 2025

Die Landtags-Grünen kritisieren die Pläne von CSU und Freien Wählern zum Nachtragshaushalt 2025 scharf. Anbei eine Auswahl wichtiger Änderungsanträge der Landtags-Grünen aus folgenden drei Themenbereichen:

1.) **„Kommunalmilliarde“ - mehr Geld für die Kommunen**
2.) **Einschnitte beim Natur- und Umweltschutz** (siehe unten)
3.) **Psychiatrische Versorgung in Justizvollzugsanstalten** (siehe unten)

Anbei erläutern wir Ihnen die entsprechenden Änderungsanträge, dazu finden Sie **Zitate** von **Katharina Schulze**, Fraktionsvorsitzende der Landtags-Grünen, und **Claudia Köhler,** Sprecherin für Haushalt.

Zu 1): „Kommunalmilliarde“

(Beratungen dazu u.a. am 12., 13., 18. und 20.März im Haushaltsausschuss)

Bayerns Städte und Gemeinden befinden sich teils in einer alarmierenden Finanzlage.
Die Landtags-Grünen fordern deshalb für den Nachtragshaushalt **eine Milliarde Euro mehr** für die Kommunen als es bislang vorgesehen ist – die „**Kommunalmilliarde**“. Wie die Grünen die Kommunen mit diesen Mitteln genau unterstützen wollen, welche Anträge (Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplanentwurf) die Landtagsfraktion dazu stellt und wann diese in den Sitzungen des Haushaltsausschusses beraten werden, sehen Sie in dieser Auflistung:

*Folgende Anträge zum **Einzelplan 13** / **Allgemeine Finanzverwaltung** werden am Do, **20. März**, im **Haushalts-Ausschuss** behandelt (9,15 Uhr, Konferenzsaal, für Interviews vor oder nach dem Ausschuss stehen Ihnen die Landtags-Grünen gern zur Verfügung):*

Antrag „Kommunen stärken - Schlüsselmasse erhöhen“

Die Grünen fordern für das Jahr 2025 eine **Erhöhung der Schlüsselzuweisungen um 300 Millionen Euro**. Bisheriger Haushaltsbetrag: über 4,8 Milliarden Euro (4.856.738.000 Euro).

Grund: Die Ausgaben der Kommunen steigen in vielen Fällen deutlich schneller als die Einnahmen. Für finanzschwächere Kommunen ist der Sparzwang teils schon so akut, dass sie sogar schon bei den Pflichtaufgaben sparen und diese nicht mehr im vollen Umfang erfüllen. Eine Erhöhung der Schlüsselmasse ist dringend nötig, damit die betroffenen Kommunen handlungsfähig bleiben bzw. es wieder werden! Der Investitionsbedarf, gerade in den Bereichen Klimaschutz, Energiewende, Wohnen, Kinderbetreuung und ÖPNV, ist groß. Die Grünen fordern, dass der Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund **schrittweise** auf **15 Prozent** angehoben wird – bis eine solche Anhebung für die Kommunen jedoch haushaltswirksam wird, muss die Anhebung der Schlüsselzuweisungen über den Haushalt finanziert werden.

Was sind Schlüsselzuweisungen?
Schlüsselzuweisungen sind zweckfreie Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs und sind eine wesentliche Einnahmequelle für die bayerischen Gemeinden und Landkreise. Sie fließen steuer- oder umlageschwachen Kommunen zu und verbessern deren finanzielle Leistungsfähigkeit. Die Mittel stehen zur freien Verfügung zur Erfüllung der Aufgaben und zur Stärkung der kommunalen Eigenverantwortung und Selbstverwaltung.

Zitat **Katharina Schulze**:
„Die Kommunen müssen gerade jetzt wichtige Projekte anschieben – ob Schulsanierungen, Kitaausbau oder Wärmenetze, alles ist dringend. Unsere Städte und Gemeinden müssen sich zukunftsfest aufstellen. Die Staatsregierung macht ihnen mit ihrer Haushaltsplanung aber das Leben schwer. Sie zwingt den Kommunen immer mehr Kosten auf und damit drastische Sparmaßnahmen, die die Gemeinden schon jetzt teils in Schieflage bringen. Markus Söder lässt die Gemeinden im Stich."

Zitat **Claudia Köhler**:
Die öffentliche Hand muss antizyklisch handeln, dafür ist eine Rücklage schließlich da! Investitionen vor Ort sind ein wichtiger Konjunkturmotor.

Antrag „Kommunen stärken - Schulbau und Schulsanierung"

Die Grünen fordern für das Jahr 2025 eine **Erhöhung um 170 Millionen Euro**. Bisheriger Haushaltsansatz: rund 700 Mio. Euro (700.406.000 Euro).

Grund: Um Bayerns Schulgebäude steht es vielerorts schlecht. Die Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre machen sich mittlerweile stark bemerkbar, wie teils drastische Beispiele zeigen. Da fallen Fenster aus ihren Rahmen, es gibt Schimmelbefall, ausgefallene Heizungen an kalten Wintertagen sowie Schulturnhallen, die wegen Statikproblemen nicht betreten werden dürfen. Möglicherweise ist es schlicht Glück, dass es bisher keine verletzten Schüler*innen gibt. Mit der von den Grünen geforderten Erhöhung der Mittel sollen der Neu- und Umbau sowie Erweiterungs- und Generalsanierungsmaßnahmen an öffentlichen Schulen im Rahmen der Förderung des kommunalen Hochbaus gezielt unterstützt werden.

Zitat **Katharina Schulze**:
„Der Zustand vieler Schulen ist schlichtweg unzumutbar und ein Armutszeugnis für den Freistaat Bayern. Es wird immer deutlicher, dass viele Kommunen mit den Sanierungskosten für ihre Schulen schlicht überfordert sind. Der Freistaat muss den Kommunen helfen und dafür sorgen, dass unsere Schulen endlich flächendeckend eine zeitgemäße Ausstattung erhalten."

Zitat **Claudia Köhler**:
„Erst kürzlich hatte eine Zweitklässlerin aus Hirschaid großes Glück, dass sie gerade auf der Toilette war, als ein großes Fenster im Klassenzimmer aus dem Rahmen fiel und krachend auf ihrem Tisch landete. Ein krasses Beispiel dafür, dass den Kommunen seit Jahren das Geld fehlt, dringend nötige Sanierungen in Angriff zu nehmen. Marode Schulen wie diese sind leider kein Einzelfall. Doch im Kultus- und Bauministerium ist nicht einmal bekannt, wie hoch der Sanierungsbedarf ist."

Antrag „Staatliche Aufgaben in Landratsämtern finanzieren"

Die Grünen fordern für das Jahr 2025 eine **Erhöhung um 100 Millionen Euro**. Bisheriger Haushaltsbetrag: knapp 506 Mio. Euro (505.900.000 Euro)

Grund: Für die Erfüllung staatlicher Aufgaben stehen den Landratsämtern zu wenig staatliche Stellen zur Verfügung. Das bedeutet: Die Landratsämter erfüllen diese staatlichen Aufgaben, wie beispielsweise in den Staatlichen Bauämtern oder Unteren Naturschutzbehörden, seit Jahren auch mit kommunalen Mitteln, vor allem mit kommunalem Personal. (Beispiel Landkreis München: 100 Stellen zu wenig, Landkreis muss 18 Mio Euro zusätzlich drauflegen.) Die Landtags-Grünen fordern einen finanziellen Ausgleich für diese Tätigkeiten im Auftrag des Freistaats.

Zitat **Katharina Schulze**:
„Die Zechprellerei muss aufhören! Die Staatsregierung lässt hier die Landkreise für sich arbeiten, ohne dafür zu bezahlen. Dadurch fehlen jedem Landkreis in Bayern im Schnitt fast 5 Millionen Euro im Jahr! Die Leidtragenden sind die kreisangehörigen Gemeinden – sie zahlen die Zeche über die Kreisumlage. Geld, das anderweitig dann fehlt. Auch hier muss gelten wie überall sonst auch: Wer anschafft, muss zahlen!“

Zitat **Claudia Köhler**:
„Die Bayerische Staatsregierung muss endlich Verantwortung übernehmen und die Landkreise entlasten anstatt zusätzlich belasten. Wichtige Aufgaben einfach kalt nach unten weiterreichen, funktioniert nicht länger.”

Antrag „Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen“

Die Grünen fordern für das Jahr 2025 eine **Erhöhung um 100 Millionen Euro (**auf 200 Millionen). Bisheriger Haushaltsbetrag: 100 Mio. Euro

Grund: Die Finanzlöcher der Kommunen sind in den letzten Jahren massiv angestiegen. Das zeigt auch die deutliche Überzeichnung der zur Verfügung stehenden Mittel im vergangenen Jahr. Laut der Antwort der Staatsregierung auf eine Grünen-Anfrage betrug das (bitte die aktuellen Zahlen in den Fließtext eintragen und die Anfrage verlinken, danke ich habe leider nur Zahlen zu 2022 und 2023 gefunden. Aber in eurem Antrag sprecht ihr von Zahlen aus dem vergangenen Jahr, also 2024) Antragsvolumen aller Anträge auf Gewährung von Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen für das Antragsjahr 2024 rund 780 Mio. Euro. Zur Verteilung standen im Jahr 2024 inklusive Rückflüssen aber nur rund 103 Mio. Euro zur Verfügung.

Zitat **Katharina Schulze**:
„Gerade überschuldeten Kommunen muss dringend geholfen werden! Denn meist betrifft es Orte, die strukturschwach sind, von der negativen demografischen Entwicklung besonders betroffen sind und die sich unverschuldet in einer finanziellen Schieflage befinden. Ihre Finanzlöcher sind in den letzten Jahren massiv angestiegen.“

Zitat **Claudia Köhler**:
„Kommunen müssen funktionieren! Das stärkt auch Vertrauen in staatliches Handeln und gelingende Politik.“

Antrag „Kommunen stärken - Bezirke angemessen ausstatten“

Die Grünen fordern für das Jahr 2025 eine **zusätzliche Erhöhung um 100 Millionen Euro** (auf insgesamt 200 Millionen Euro mehr Geld). Bisheriger Haushaltsbetrag: rund 836 Mio. Euro im Nachtragshaushaltsentwurf (836.482.000 Euro).

Die sieben bayerischen Bezirke, die neben den Städten und Gemeinden sowie neben den Landkreisen die dritte kommunale Ebene in Bayern bilden, brauchen eine signifikant bessere finanzielle Ausstattung, um ihren Aufgaben gerecht werden zu können. Die im Haushaltsentwurf vorgesehene Erhöhung (100 Millionen Euro) ist ein zwar Schritt in die richtige Richtung, aber sie ist bei weitem nicht ausreichend. Die Landtags-Grünen fordern daher für 2025 weitere 100 Millionen Euro zusätzlich, damit sie ihre Pflichtaufgaben weiterhin erfüllen können. Mittelfristig wollen die Grünen erreichen, dass die Bezirke eine Milliarde Euro über den Finanzausgleich bekommen. Andernfalls droht die Erhöhung der Bezirksumlagen zu Lasten der kreisfreien Städte und Landkreise – oder die Einschränkung der Leistungen der Bezirke. Das betrifft insbesondere die soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderung und die Versorgungsstruktur für ältere Menschen und Menschen mit psychischen Erkrankungen, die Jugendarbeit sowie den Kulturbereich.

Zitat **Katharina Schulze**:
„Bei sozialer Teilhabe sparen ist schäbig. Die Bezirke kümmern sich um Menschen mit Behinderungen, um pflegebedürftige Menschen oder psychisch Erkrankte. Mehr als 90 Prozent ihres Etats stecken sie in soziale Leistungen vor Ort. Hier dürfen keine Abstriche gemacht werden.“

Zitat **Claudia Köhler**:
„Die lange zugesagte Bezirksmilliarde muss endlich erfüllt werden! Bei Jugend und Sozialem zu sparen wird uns mittelfristig sonst teuer zu stehen kommen.“

*Folgender Anträge zum **Einzelplan 12** / **Umwelt und Verbraucherschutz** werden am Mi, **12. März**, im **Haushalts-Ausschuss** behandelt (9.15 Uhr, Weiße-Rose-Saal, für Interviews vor oder nach dem Ausschuss stehen Ihnen die Landtags-Grünen gern zur Verfügung):*

Antrag „RZWas-Härtefallförderung für die Sanierung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den Kommunen aufstocken und dem Bedarf anpassen“

Die Landtags-Grünen fordern für das Jahr 2025 eine **Erhöhung um 50 Millionen Euro**. Bisheriger Haushaltsbetrag: 4,5 Mio. Euro.

Grund: Viele Städte und Gemeinden haben einen großen Sanierungsbedarf bei ihren in die Jahre gekommenen Trinkwasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen – und stoßen dabei oft finanziellen Grenzen. Die Folge: Bürgerinnen und Bürger in Bayern müssen höhere Entgelte für die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung an die kommunalen Wasserversorgern zahlen. Zu Beginn dieses Jahres sind diese Kosten vielerorts angestiegen. In extremen Härtefällen können Kommunen an die Staatsregierung einen Antrag auf Härtefallförderung stellen (Grundlage dafür sind die „Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben“, kurz: RZWas). Oft allerdings nur in der Theorie! Denn: Dieser Härtefall-Topf des Umweltministeriums ist erheblich unterfinanziert. Beispiel: Im Jahr 2023 sah der Staatshaushalt dafür 165,8 Mio. Euro vor. Das Geld war aber

schon bis zum Sommer 2023 vollständig ausgegeben – an insgesamt 252 Kommunen, die einen entsprechenden Antrag gestellt hatten. Über 400(!) Kommunen gingen leer aus und bekamen keinen Cent. Im Jahr 2024 war das Geld aus dem Fördertopf bereits im Frühjahr ausgegeben und viele Kommunen gingen leer aus.

Zitat **Katharina Schulze**:
„Die Trinkwasser- und Abwasserleitungen vieler Gemeinden sind in die Jahre gekommen. Bei vielen steht die dringende Sanierung an, aber das Geld fehlt. Das zeigen die Zahlen der vielen Anträge von Kommunen, die bei der Förderung leer ausgehen. Die Staatsregierung muss hier besser unterstützen – denn gutes Trinkwasser und ein funktionierendes Abwassersystem sind maßgeblich für die Lebensqualität der Menschen in Bayern!“

Zitat **Claudia Köhler**:
„RZWas – ein unspektakuläres Wort für eine superwichtige Sache: unsere Wasserinfrastruktur. Damit wir ‚flüssig‘ bleiben, dürfen hier Investitionen nicht länger aufgeschoben werden.“

Antrag „Sonderprogramm Hochwasserschutz im ländlichen Raum“

Die Landtags-Grünen fordern die Einstellung von **15 Mio. Euro** für das Sonderprogramm im Haushalt. Bisheriger Haushaltsbetrag: **0 Euro**.

Grund: Seit den jüngsten Überschwemmungen und Hochwasserkatastrophen im Freistaat dürfte jedem klar sein: Bayern braucht ein Sonderprogramm für den Hochwasserschutz im ländlichen Raum. Die Mittel sind notwendig zur Umsetzung von Sturzflut- und Starkregenmanagementplänen für die Gemeinden sowie für Schwammlandschaften und die Renaturierung von Flüssen und Bächen, Auen und Niedermooren. Wir brauchen diese künftig als Rückhalteraum bei Starkregenereignissen.

Zitat **Katharina Schulze**:
„Hochwasser ist kein Schicksal, das wir einfach so hinnehmen müssen. Die Staatsregierung kann und muss dafür sorgen, dass das Wasser künftig dort versickern kann, wo es runterkommt – durch Schwammlandschaften, Moorrenaturierungen und nachhaltiges Wassermanagement. Denn eines ist klar: Starkregenereignisse werden durch die Klimakrise zunehmen.“

Zitat **Claudia Köhler**:
„Die Schäden durch Starkwetterereignisse und Überschwemmungen sind jedes Mal höher als es gute Vorsorge gewesen wäre. Interkommunale Hochwasserschutzkonzepte und wassersensible Stadtentwicklung müssen gefördert werden.“

*Folgender Antrag zum **Einzelplan 10 / Arbeit und Soziales, Jugend und Familie** wird am Di, **18. März**, im **Haushalts-Ausschuss** behandelt (Beginn: **13.30 Uhr**, zuvor wird ab 9.15 Uhr der Einzelplan 15 beraten; Weiße-Rose-Saal, für Interviews vor oder nach dem Ausschuss stehen Ihnen die Landtags-Grünen gern zur Verfügung):*

Antrag „Staatliche Kita-Finanzierung erhöhen für mehr Qualität und Verlässlichkeit“

Die Landtags-Grünen fordern für das Jahr 2025 eine deutliche Erhöhung **um 50 Millionen Euro**. Bisheriger Haushaltsbetrag: *rund 2,7 Milliarden Euro (2.692.340.000 Euro)*

Grund: Immer mehr Kita-Träger befinden sich in finanzieller Schieflage oder drohen in eine zu geraten. Denn Kitas in Bayern sind massiv unterfinanziert. Die Landtags-Grünen fordern eine wesentlich stärkere Beteiligung der Staatsregierung. Ziel muss eine spürbare Erhöhung des Basiswerts (finanzielles Grundbudget, das vom Freistaat als sogenannter Zuschuss der öffentlichen Hand gewährt wird) sein, um Kitas auskömmlich finanzieren zu können und Kommunen und Eltern finanziell zu entlasten. Aktuell deckt der Basiswert nur noch rund 60 Prozent der tatsächlichen Betriebskosten der Kitas. Durch diverse Kostensteigerungen für Personal, Verpflegung, Energie und höhere Mieten ist die Finanzierungslücke in den vergangenen Jahren immer größer geworden.

Zitat **Katharina Schulze**:
„Kitas sind mittlerweile zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen: Auf Kosten der pädagogischen Standards und damit auch auf Kosten der Kinder, wenn die Einrichtung dann auf einen reinen Aufbewahrungsort reduziert wird. Dabei sind Kitas Bildungsorte! Und auch auf Kosten der Eltern, wenn sie keinen Kita-Platz bekommen und deswegen beispielsweise nicht arbeiten können. Das Problem hat sich insbesondere auch für Kinder mit Behinderungen oder besonderen Bedarfen extrem verschärft. Und auch für das Kita-Personal ist der Geldmangel oftmals eine Zumutung, wenn sich deswegen die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Klar ist: Unsere Kitas können nicht mehr länger warten! Die Staatsregierung muss ihre Verantwortung wahrnehmen und mehr Geld zur Verfügung stellen!“

Zitat **Claudia Köhler**:
„Die Kommunen springen regelmäßig ein, wenn es um Kinderbetreuung geht. Oft ist nur noch Betreuung statt frühkindlicher Bildung leistbar – und das nicht zuverlässig. Gut ausgestattete Kitas, Personalgewinnung und -entwicklung sind Bildungsinvestitionen in die Zukunft. Junge Eltern müssen sich auf die Betreuung verlassen können.“

*Folgende Anträge zum **Einzelplan 9 / Wohnen, Bau und Verkehr** werden am Do, **13. März**, im **Haushalts-Ausschuss** behandelt (9.15 Uhr, Konferenzsaal, für Interviews vor oder nach dem Ausschuss stehen Ihnen die Landtags-Grünen gern zur Verfügung):*

Antrag „Schwimmbadförderung deutlich aufstocken“

Die Landtags-Grünen fordern für das Jahr 2025 eine Erhöhung **um 50 Millionen Euro** (auf 60.000 Mio. Euro). Bisheriger Haushaltsbetrag: 10 Mio. Euro.

Grund: Der Sanierungsbedarf kommunaler Bäder in Bayern ist immens. Von den 867 öffentlichen Schwimmbädern gelten nach Einschätzung der Staatsregierung mehr als die Hälfte als sanierungsbedürftig beziehungsweise sogar dringend sanierungsbedürftig. Die kalkulierten Investitionskosten belaufen sich auf rund 1,8 Mrd. Euro, Tendenz steigend. Im Bereich der
Sportstätten weisen Hallenbäder den höchsten Investitionsrückstand auf. Gleichzeitig sind sie unersetzbare Vorraussetzung, um die lebensrettende Fertigkeit des Schwimmens zu erlernen. Schon heute können nach Erhebung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) mehr als 20 Prozent der Schulen keinen Schwimmunterricht erteilen, weil die dafür nötige Infrastruktur nicht vorhanden ist.

Zitat **Katharina Schulze**:
„Schon jetzt können immer weniger Kinder sicher schwimmen, sie brauchen, genauso wie Schwimmvereine und auch Rettungsdienste, regelmäßige Trainingsmöglichkeiten. Aber immer mehr Schwimmbäder sind marode und sanierungsbedürftig. Die Staatsregierung stellt sich beim diesem Thema blind und taub. Schwimmen will gelernt und geübt sein, dazu brauchen wir betriebsfähige Schwimmbäder in Bayern. Es ist Aufgabe der Staatsregierung, das Angebot dafür sicherzustellen!“

Zitat **Claudia Köhler**:
„Sich für Olympia bewerben wollen, aber bei der Schließung maroder Schwimmbäder seit Jahren zuschauen – genau mein Humor. Wo sollen Kinder schwimmen lernen, wenn nicht im Schwimmbad? Wir Grüne stellen seit Jahren Antrag um Antrag. Doch die Staatsregierung halbierte die Fördersumme zuletzt sogar von 20 auf zehn Millionen Euro.“

Antrag „Kommunale Wohnraumförderung aufstocken - Wohnen muss bezahlbar sein“

Die Landtags-Grünen fordern für das Jahr 2025 eine Erhöhung **um 30 Mio. Euro**. Bisheriger Haushaltsbetrag: 15 Mio. Euro

Grund: Bezahlbarer Wohnraum ist in Bayern vielerorts rar, die Mieten steigen immer weiter an. Das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) des Freistaats soll hier entgegenwirken – eigentlich. In der Praxis passiert leider viel zu wenig, da im Haushalt nur 15 Millionen Euro dafür eingestellt sind. Aus Sicht der Grünen brauchen Bayerns Städte und Gemeinden bei der Planung und dem Bau von eigenem Wohnraum viel mehr finanzielle Unterstützung durch das KommWFP. Dieses ist Teil des "Wohnungspakts Bayern" und zielt darauf ab, die Wohnraumversorgung in Bayern insgesamt zu verbessern und gleichzeitig einen Beitrag zur Unterstützung von Berufsgruppen der Daseinsvorsorge (z.B. Pflegekräfte) zu leisten. Förderfähig sind beispielsweise Neubau, Änderung oder Erweiterung von Gebäuden für Mietwohnraum, die Modernisierung bestehenden Mietwohnraums und der Umbau von leerstehenden Gebäuden zu Wohnraum. Damit leistet das Programm einen unerlässlichen Beitrag für die Gesellschaft und für den sozialen Frieden. Allerdings muss die Staatsregierung dafür endlich mehr finanzielle Mittel bereitstellen!

Zitat **Katharina Schulze**:
„Bezahlbarer Wohnraum ist eine der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit – er entscheidet über Lebensqualität, Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm kann einen wichtigen Beitrag leisten, um Städte und Gemeinden lebenswert und zukunftssicher zu gestalten. Doch dafür braucht es mehr als gute Absichten: Die Staatsregierung muss endlich die nötigen Mittel bereitstellen, damit Kommunen nicht nur planen, sondern auch tatsächlich bezahlbaren Wohnraum bauen können – für eine gerechtere und lebenswerte Gesellschaft!"

Zitat **Claudia Köhler**:
„Wohnen ist elementar und darf nicht länger ein Privileg für reiche Leute sein. Eine erschwingliche Wohnung bedeutet soziale und wirtschaftliche Teilhabe. Es ist unwürdig, wenn man sich in Bayern das Dach über dem Kopf nicht mehr leisten kann.“

Darüber hinaus haben die Landtags-Grünen einen **Antrag zur Erhöhung des Kommunalanteils** am Steuerverbund eingereicht. Dieser wird am 20. März um 12 Uhr im Haushaltsausschuss beraten.

Ziel des Antrags ist, den Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund statt auf nur 13 Prozent auf 14 Prozent anzuheben. Diese zusätzlichen Mittel sind nötig, damit Pauschalen und Schlüsselzuweisungen für die Kommunen in den folgenden Jahren angehoben werden können. Grund: Die in der Einigung der Staatsregierung vorgesehene Erhöhung auf 13 Prozent ist kaum spürbar, zumal es keine weitere Perspektive gibt. Damit eine dauerhaft wirkende strukturelle Verbesserung für die kommunale Ebene in Bayern erreicht werden kann, streben die Landtags-Grünen perspektivisch sogar eine Anhebung des Anteils am Steuerverbund auf 15 Prozent an.
Hinweis: Die Erhöhung des Anteils am Steuerverbund wird sich erst im Haushaltsjahr 2026 auf den Haushalt auswirken, deshalb wollen die Landtags-Grünen für das Jahr 2025 die Mittel für die Schlüsselzuweisungen erhöhen (siehe oben).

Zu Punkt Nr. 2: Thema Naturschutz und Landschaftspflege

*Folgender Antrag zum **Einzelplan 12 / Umwelt und Verbraucherschutz** wird am Mi, **12. März**, im **Haushalts-Ausschuss** behandelt (9.15 Uhr, Weiße-Rose-Saal, für Interviews vor oder nach dem Ausschuss stehen Ihnen die Landtags-Grünen gern zur Verfügung):*

Antrag „Mittel für Maßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege“

Die Landtags-Grünen fordern in ihrem Änderungsantrag für das Jahr 2025 eine Erhöhung **um 18 Mio. Euro**. Bisheriger Haushaltsbetrag: rund 33,7 Millionen Euro (33.750.600 Millionen Euro).

Grund: Die aktuelle Haushaltssperre der Staatsregierung von 15 Prozent ist fatal für den Artenschutz in Bayern. Sie gefährdet die kontinuierliche Umsetzung von Maßnahmen bzw. die Etablierung zusätzlicher Projekte, die zur Erreichung der Ziele aus dem Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ wichtig sind.

Hintergrund: Die Arbeit der Landschaftspflegeverbände (LPV) ist zentral für den Naturschutz in Bayern. Dazu gehören etwa das Management europäischer Schutzgebiete, Wiedervernässung von Mooren, Schaffung eines funktionalen Biotopverbundes, Umsetzung des Streuobstpaktes und Pflege von Naturschutzgebieten. Besonders wichtig ist die Arbeit der LPV für die Umsetzung von Maßnahmen aus dem **Volksbegehren Artenvielfalt.** Sie übernahmen beispielsweise die Mitarbeit bei der im Artikel 19 des Bayerischen Naturschutzgesetzes festgelegten Biotopvernetzung. Hier ist kontinuierliche Arbeit unerlässlich, damit Natur sich dauerhaft regeneriert und Arten nicht verschwinden.

Konkrete Beispiele und weitere Infos finden Sie hier: Erfolge des Volksbegehrens sind gefährdet | Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Bayern

Zitat **Katharina Schulze**:
„Artenschutz kann man nicht einfach pausieren, nur weil die Söder-Regierung gerade andere Prioritäten beim Geldausgeben setzt. Wenn eine Tier- oder Pflanzenart nicht lückenlos weitergeschützt wird, dann ist sie im schlimmsten Fall weg – unwiederbringlich. Darum sind solche Sparmaßnahmen an genau dieser Stelle besonders fatal. Das ist keine Umweltpolitik, sondern ein folgenschwerer Fehler der Staatsregierung, der dringend nochmal überdacht werden muss!“

Zitat **Claudia Köhler**:
„Die Staatsregierung gefährdet hier massiv die Erreichung der Ziele für den Artenschutz. Das Bienenvolksbegehren hat gezeigt, dass die Menschen in Bayern längst viel weiter sind als die Staatsregierung. Kürzung bei Landschaftspflegeverbänden, bei Förderprogrammen zum Humusaufbau und weiteren Naturfrevel lassen wir nicht durchgehen."

Zu Punkt Nr. 3: Psychiatrische Versorgung in Justizvollzugsanstalten (JVA)

*Folgende drei Änderungsanträge zum **Einzelplan 4 / Justiz** werden am Mi, **26. Februar**, im **Haushalts-Ausschuss** behandelt (ab ca. 12 Uhr, Sitzungsbeginn ist um 9.15 Uhr, Weiße-Rose-Saal, für Interviews vor oder nach dem Ausschuss stehen Ihnen die Landtags-Grünen gern zur Verfügung):*

Antrag „Psychiatrisches und psychotherapeutisches Personal in den Justizvollzugsanstalten"
Antrag „Zusätzliche psychiatrische Station für die Justizvollzugsanstalten"
Antrag „Schulungen für den Umgang mit psychotischen Gefangenen"

Zusammengefasst: Die Landtags-Grünen fordern mit den drei Änderungsanträgen zum Thema JVA für das Jahr 2025 eine Erhöhung **um 8,1 Millionen Euro**. Bisheriger Haushaltsbetrag: rund 4,1 Millionen Euro (4,137 Millionen Euro).

Grund: Die haarsträubenden Foltervorwürfe in der JVA Gablingen haben deutlich gemacht, dass wir es hier mit einem Systemversagen zu tun haben, das in einem Rechtsstaat nicht passieren darf.

Forderung der 3 Grünen-Änderungsanträge:

1. Schulungen für den Umgang mit psychotischen Gefangenen: Für die Aus- und Fortbildung der Beamt*innen und Arbeitnehmer*innen sollen 100.000 Euro zusätzlich bereitgestellt werden. Damit wird dieser Posten im Haushalt von rund 1 Million Euro auf rund 1,1 Millionen Euro erhöht.
2. Psychiatrisches und psychotherapeutisches Personal in den JVAs: Erhöhung der Entgelte der Arbeitnehmer*innen um 3 Millionen Euro (von rund 3,1 Millionen auf rund 6,1 Millionen Euro).
3. Eine zusätzliche psychiatrische Station für die JVAs soll eingerichtet und mit Mitteln in Höher von 5 Millionen Euro ausgestattet werden.

Hintergrund: Die Zahl der Gefangenen mit psychischen Auffälligkeiten in Justizvollzugsanstalten steigt. Vor allem für den Umgang mit akut psychotischen Personen ist Fachwissen erforderlich – das fehlt aber in den meisten JVAs. Der Landtag muss daher die Mittel bereitstellen, um Justizvollzugsbeamtinnen und Justizvollzugsbeamte für entsprechende Situationen ausreichend zu schulen. Außerdem muss in den JVAs genügend Fachpersonal für psychiatrische und psychotherapeutische Behandlung vorhanden sein. Ergänzend ist eine dritte psychiatrische Abteilung in einer Justizvollzugsanstalt in Bayern notwendig. Das gibt es derzeit nur in Würzburg und Straubing.

Zitat **Katharina Schulze**:
„Insbesondere der Umgang mit Gefangenen mit psychischen Auffälligkeiten ist eine große

Herausforderung für das Personal in den JVAs. Hier müssen Strukturen geschaffen, Bedienstete umfassend geschult und Fachpersonal eingestellt werden. Für diese Investitionen muss die Staatsregierung sorgen – im Interesse der Gefangenen, aber auch der Bediensteten in den bayerischen Gefängnissen."

Zitat **Claudia Köhler**:
„Vorfälle wie in der JVA Augsburg-Gablingen lassen befürchten, dass ohne genügend Fachpersonal das Anstaltspersonal mit schwierigen Situationen alleine gelassen wird. Die Staatsregierung hat eine Fürsorgepflicht und muss jetzt dafür sorgen, dass genügend ärztliches und psychotherapeutisches Personal eingestellt wird."